

Die Unvereinbarkeit von öffentlichem Amt und Parlamentsmandat

unter besonderer Berücksichtigung der Verhältnisse
im Lande Rheinland-Pfalz

Zur verfassungs- und verwaltungsrechtlichen
Problematik der Inkompatibilität

von

Dr. Walter Leisner

o. ö. Professor für Staats-, Verwaltungs- und Völkerrecht
an der Juristischen Fakultät der Universität Erlangen-Nürnberg

1967



DEUTSCHER FACHSCHRIFTEN-VERLAG

Inhaltsverzeichnis

	Seite
A. Die Fragestellung – Gesetzgebung und bisherige Verfassungsrechtsprechung	11
I. Geltende gesetzliche Regelungen der Materie	11
II. Die Stellungnahme des Bundesverfassungsgerichts	12
III. Gang der Untersuchung	15
B. Inkompatibilität zwischen Beamtenstellung und Abgeordnetenmandat – Allgemeines	16
I. Beschränkung der Wählbarkeit (Ineligibilität) und Unvereinbarkeit von Amt und Mandat (Inkompatibilität) – die Anwendbarkeit von Art. 137 Abs. I GG	16
1. Unterscheidung von Ineligibilität und Inkompatibilität	16
2. Faktische Ineligibilität	17
II. Inkompatibilität als Forderung der Gewaltenteilung	18
1. Gewaltenteilung als Verfassungsgrundsatz	18
2. Kumulierung von Mandat und Amt als Verletzung der Gewaltenteilung – Allgemeines	20
3. Inkompatibilität als notwendige Folgerung aus dem Grundsatz der Gewaltenteilung	21
a) Argumente für die Zulässigkeit der Kumulierung – Kritik	22
b) Die entscheidenden Gründe für die alleinige Verfassungskonformität der Inkompatibilitätsregelung	24
C. Die Unvereinbarkeit von mittelbarem Staatsamt und parlamentarischem Mandat	28
I. Argumente gegen eine Gleichstellung von mittelbaren und unmittelbaren Staatsbeamten	28
1. Personelle Überlegungen – Interessenvertretung	28
2. Das Argument der „verschiedenen Ebenen“	30

	Seite
II. Die entscheidenden Gründe für die Erstreckung der Inkompatibilität auf die Angehörigen des mittelbaren Staatsdienstes aus dem Gesichtspunkt der Gewaltenteilung	32
1. Ausführung des Gesetzes, Bestimmung des eigenen Status	32
2. Spezifisch gemeinderechtliche Argumente für die Erstreckung der Unvereinbarkeit	34
3. Geltung der für die unmittelbaren Staatsbediensteten angeführten Inkompatibilitätsgründe für die Angehörigen der mittelbaren Staatsverwaltung	38
III. Die besondere Problematik der kommunalen Wahlbeamten	39
1. Argumente für die Vereinbarkeit von Mandat und Bürgermeisteramt – Kritik	39
2. Die Erstreckung der Inkompatibilität als verfassungsmäßige Notwendigkeit	42
IV. Die besondere Problematik der Ehrenbeamten	43
1. Die Entscheidung des BVerfG	43
2. Gründe für und gegen die Erstreckung der Unvereinbarkeit auf Ehrenbeamte	44
D. Gleichheitssatz und Erstreckung der Inkompatibilität	47
I. Fragestellung	47
II. Die Geltung des Gleichheitssatzes im Bereich des Staatsorganisationsrechts	48
1. These und Gegenthese zur Geltung des Gleichheitssatzes im Organisationsrecht	48
2. Geltung des Gleichheitssatzes in den bundesstaatlichen Beziehungen	49
3. Geltung des Gleichheitssatzes im Beamtenrecht	50
III. Verletzung des Gleichheitssatzes durch die Differenzierung zwischen mittelbaren und unmittelbaren Staatsbediensteten im Hinblick auf die Einführung der Inkompatibilität	52